

können. Seine Aussichten schwanken zwischen 7 und 11 Prozent der Stimmen. Nicht wenige werden bis zum letzten Augenblick zögern, die Demagogie dem realistischen Verantwortungsbewußtsein vorzuziehen.

Nur vorsichtige Prognosen möglich

Über die Programme der Kandidaten ist wenig zu sagen. Chirac und Barre unterscheiden nur Nuancen. Der Premierminister hat den Vorteil, sich auf seine in großen Zügen positive Regierungspolitik berufen zu können, während Barre zwangsläufig um die Ausstellung eines Blankoschecks ersuchen muß. Der Sozialist nimmt die Vaterschaft der wirtschaftlichen Stabilisierungspolitik für sich in Anspruch, da sie von einer sozialistischen Regierung eingeleitet wurde und die liberal-konservative Koalition sie lediglich mit einer Reihe von angeblichen oder echten Mängeln fortsetzte. Alle drei Kandidaten sind sehr stark um einen sozialen Anstrich bemüht, auf der rechten Seite mit dem Schwergewicht bei der Familie und den Rentnern, auf der linken Seite mit dem Appell an soziale Gerechtigkeit und Gleichheit. Gemeinsam ist den beiden Lagern ebenso auch die Forderung nach Solidarität, die finanziell unvermeidbar zu Lasten der Bürger geht.

Prognosen lassen sich nur sehr vorsichtig aufstellen. Die Meinungsbefragungen geben die unverbindliche Stimmung eines Augenblicks wieder. Sie erlauben daher keine zuverlässigen Schlüsse auf das Ergebnis. Im ersten Wahlgang hängt der Stimmenanteil des Sozialisten vom relativen Erfolg oder Fehlschlag der beiden Kommunisten ab und von der Anziehungskraft des nicht ganz aussichtslosen Grünen. Barre und Chirac dürften sich ungefähr die Waage halten. Ihr Gewicht hängt von der Stimmzahl Le Pens ab. Die Regierungskoalition ist überzeugend genug geschlossen und um ihre Einheit bemüht, damit in der Stichwahl am 8. Mai ihr verbleibender Kandidat mit der sehr weitgehenden Unterstützung der Wähler des Ausgeschiedenen rechnen darf.

Nach langem Zögern hat sich Mitterrand fast im letzten Augenblick zu einer erneuten Kandidatur entschlossen. Ohne Zweifel geschah dies in der Überzeugung, daß er dank seines persönlichen Ansehens und auch der Anerkennung seiner verantwortungsbewußten Rolle während der schwierigen Cohabitation mit hinreichender Gewißheit nicht das Risiko eines Fehlschlages eingeht. Nichts ist jedoch wankelmütiger als die Gunst des Volkes, und bei dem gegebenen Kräfteverhältnis vermag niemand den Ausgang eines von seinen Gegnern hart geführten Wahlkampfes vorauszusagen.

Alfred Frisch

„Sollicitudo rei socialis“ in entwicklungspolitischer Sicht

Fragen an Theodor Dams

Die jüngste Enzyklika Johannes Pauls II. unterscheidet sich methodisch und in der inhaltlichen Zuspitzung der Argumentation mannigfach von früheren Sozialenzykliken. Sie wirft viele Fragen auf. Einige davon, vor allem solche aus entwicklungspolitischer Perspektive, richteten wir an den Freiburger Professor für Entwicklungspolitik, Theodor Dams. Hier seine Antworten. Die Fragen stellte David Seiber.

HK: Im Gegensatz zu früheren Sozialenzykliken setzt Johannes Paul II. in seiner jüngsten Entwicklungszyklika vorwiegend theologische und politische Akzente. Lehrformeln oder Leerformeln?

Dams: Angesichts der pessimistischen Einschätzung der Lage der Menschen in Entwicklungsländern ist ihre Frage berechtigt: Wo werden Handlungsanweisungen in der Enzyklika konkret angeboten? Doch soll die Enzyklika ja als „pastorales Dokument“ verstanden werden, das die „moralische Dimension der Entwicklung“ herausstellen möchte. Der Papst lehnt es ab, „wirtschaftliche und politische Systeme oder Programme vorzulegen“;

oder diese als „Dritten Weg zwischen Liberalismus und Marxismus“ verstanden wissen zu wollen. – Für einen engagierten Entwicklungspolitiker, der in dieser Enzyklika nach „Lehrformeln“ für konkretes Handeln sucht, werden viele der verwendeten Begriffe wie „Leerformeln“ klingen. – Jedoch: Zu jeder „entwicklungspolitischen Akzentsetzung“ gehört ein Bekenntnis, das Auskunft über zugrunde liegende Werte gibt.

HK: Der Papst versucht in erster Linie das Entwicklungsverständnis durch Zurechtrücken des ethischen Koordinatensystems zu vertiefen und so den Antagonismus Industrieländer – Entwicklungsländer durch Bloßlegung verfehlter sittlicher Verhaltensweisen („Besitzgier“, „Machtstreben“, „Strukturen der Sünde“) auf den Punkt zu bringen. Schonungslose Aufdeckung eines ethischen Vakuums oder übermäßige Moralisierung von Problemzusammenhängen, die in der praktischen Arbeit nicht weiterführt?

Dams: Ist es wirklich „übermäßige Moralisierung“? Wir sollten selbstkritisch bekennen: Auf der einen Seite ge-

stalten wir Entwicklungshilfe und -politik viel stärker aus unseren eigenen Zielvorstellungen als im Interesse der „fernen Nächsten“; auf der anderen Seite wollen wir Menschen unserer Gesellschaft zum Mitleiden mit den in ärgster Not befindlichen Menschen in der Dritten Welt führen, um möglichst viele Spenden zu erhalten. Entwicklungshilfe soll sich für unsere eigene Gesellschaft „rechnen“; und durch Spenden aus unserem Überfluß geben wir uns der Illusion hin, uns vom Elend in dieser Welt „freizukaufen“. Gegen *diese* Art der übermäßigen „Moralisierung“ wende ich mich ganz entschieden. Wir benötigen aber Aufklärungen über die Strukturen in dieser Welt, die nicht nur beschreiben, wie sie sind, sondern aus den Wechselbeziehungen heraus auch begründen, worauf sie zurückzuführen sind.

„Strategien langfristiger Veränderung müssen auf solchen ‚Bekanntnissen‘ aufbauen“

HK: Kritiker der Enzyklika vermissen Umsetzungskriterien für die vom Papst skizzierten entwicklungspolitischen Grundsätze. Lassen sich solche vom Ansatz der Enzyklika her überhaupt entwickeln?

Dams: Jede kritische Reflexion über Strukturen und Prozesse in dieser Welt von „Reich und Arm“, von „Nord und Süd“ hat auch die wechselseitigen Verursachungsmuster „knallhart“ auszuweisen. Nur so kommen wir zu tragfähigen Ansatzpunkten. Natürlich ist ein solches Vorgehen wertend; anders gesprochen, je nach den moralisch-ethischen Kategorien wird das Ergebnis anders aussehen. Nur so kann ein tragfähiger Ansatzpunkt gefunden werden. Und zu den Hemmnissen gehören in „beiden“ Welten, „Nord und Süd“, das übermäßige Macht- und Besitzstreben oder – in der Sprache des Papstes – die „Strukturen der Sünde“. Solange es uns nicht gelingt zu verstehen, daß unter langfristigen Perspektiven unsere *Eigen*interessen nur zu verwirklichen sind, wenn die Vorstellungen „*der anderen*“ gleichberechtigt berücksichtigt werden, gibt es ein „ethisches Vakuum“ unseres gesellschaftlichen und individuellen Verhaltens. Strategien einer bewußten Änderung müssen auf solchen „Bekanntnissen“, wie sie der Papst vorlegt, aufbauen.

HK: Kann „Vermittlung“ zum Konkreten hin überhaupt Aufgabe kirchlicher Sozialverkündigung sein? Der Papst spricht selbst davon, die Kirche habe in Entwicklungsfragen nur eine ethische, keine „technische“ Zuständigkeit. Oder wenn der kirchlichen Soziallehre solche Vermittlung doch zuzumuten ist, was wäre dann aus entwicklungsökonomischer Sicht zu fordern?

Dams: Für diese Frage bin ich hier nicht der richtige Ansprechpartner; da gibt es Berufenere, z. B. die Sozialethiker. Vielleicht sollte ich aber einen Satz dazu sagen, ob Kirche in Entwicklungsfragen „nur“ die ethisch-moralische Aufgabe und nicht die ökonomisch-technische Zuständigkeit beanspruchen soll. Können

diese *beiden* Dimensionen *einer* Frage überhaupt voneinander getrennt werden? Und was heißt hier „technische Zuständigkeit“ für Entwicklungsfragen? Wenn die Analyse zeigt, daß die persönliche Entfaltung des Menschen und die Ausschöpfung der verfügbaren Einkommensmöglichkeiten eingeengt oder unterdrückt werden, dann sind diese Faktoren für die Entwicklung der Gesellschaften in Ländern der Dritten Welt wichtiger als „technische“ Fragen.

HK: Anlaß und Ausgangspunkt der Enzyklika scheint die Grundüberzeugung des Papstes zu sein, daß sich die Gesamtlage zwischen Entwicklungs- und Industrieländern trotz „lobenswerter Anstrengungen“ in den letzten 20 Jahren, also seit dem Erscheinen von „*Populorum progressio*“, noch „erheblich verschlimmert hat“ (vgl. Nr. 16). Läßt sich diese These erhärten, gibt sie in dieser allgemeinen Form überhaupt Sinn?

Dams: Man begibt sich immer auf ökonomisches Glatteis, wenn eine These dieser Art mit einer *allgemeinen* Feststellung bewertet wird. Natürlich kann nicht gesagt werden, daß sich die Lage aller 126 Entwicklungsländer in den letzten 20 Jahren verschlechtert hat. Gegenüber den 60er Jahren, in denen hohe Wachstumsraten des Welthandels und der Nationalwirtschaften verzeichnet wurden, haben sich aber die Rahmenbedingungen für eine größere Zahl von Entwicklungsländern verschlechtert: Verknappung der Nahrungsmittel Anfang der 70er Jahre, Preissteigerungen bei Rohöl im gleichen Jahrzehnt; erhebliche Verschuldung, insbesondere durch Kredite von Geschäftsbanken, wobei eine strukturelle Verschiebung in der Verschuldung sich durchsetzte (Privatisierung des internationalen Kapitalverkehrs durch Geschäftsbanken); dann die weltweite Rezession um die Dekadenwende 70/80, der scharfe Rückgang der Rohstoffpreise – nicht zuletzt die erhebliche Zunahme der Bevölkerung in den Entwicklungsländern, besonders akzentuiert in den wirtschaftsschwächsten Ländern! Von diesen Faktoren wurden die einzelnen Kontinente und Länder aber sehr unterschiedlich betroffen. Die Welt bietet gegenwärtig ein weit differenzierteres ökonomisches Bild, als es etwa vor 20 Jahren der Fall war. Deshalb unterscheiden wir auch die Welt in eine Erste, Zweite, Dritte und (neuerdings) Vierte Welt, wobei dann die Länder nach ihrer jeweiligen wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit entsprechend eingruppiert werden.

HK: Vierte Welt heißt konkret wohl vor allem Schwarzafrika ...

Dams: Ja, insoweit der „Schwarze“ Kontinent entwicklungspolitisch die größten Sorgen bereitet. Wenn in Afrika südlich der Sahara nicht durchgreifende Veränderungen in der absehbaren Zukunft stattfinden, werden um die Jahrtausendwende von fünf Menschen sich vier in absoluter Armut befinden; d. h., sie können nicht ihre Grundbedürfnisse aus eigener Kraft decken. Aber dies ist auch ein entscheidendes Faktum der Bevölkerungsentwicklung. Wir müssen fragen, ob das Wirtschaftswachs-

tum ausgereicht hat bzw. genügend stark sein wird, um die *absolute* Armut in der überschaubaren Zeit erheblich zu verringern, von beseitigen kann gar nicht die Rede sein. Selbst unter heute günstigen Verhältnissen wird die Zahl derer, die ihre einfachsten Grundbedürfnisse in den Entwicklungsländern nicht abzudecken vermögen, zunehmen. 1975 waren 37% der Menschen in Entwicklungsländern absolut arm (770 Millionen).

HK: Dennoch gibt es neben den Erfolglosen auch Erfolgreiche. Was führt zur unterschiedlichen Entwicklung?

Dams: Die „Erfolglichen“ (im Sinne von prozentualer Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion/je Jahr/pro Kopf) – etwa die Volksrepublik China, Kolumbien, Philippinen, Malaysia und Thailand – zeigen eine deutlich abnehmende Zuwachsrates der Bevölkerung von 1960–1982; und eine weitere Abnahme bis zum Jahre 2000 ist für diese Länder prognostiziert. Dort ist eine landwirtschaftliche Produktion in den beiden letzten Jahrzehnten stark gewachsen (2,7%/VR China, 4,5%/Kolumbien und Philippinen, 5,0% bzw. 5,5%/Malaysia bzw. Thailand). Die „Erfolglosen“ (z.B. Nigeria, Ghana, Uganda, Algerien, Honduras) haben durchweg sogar noch zunehmende Wachstumsraten der Bevölkerung (projiziert bis zum Jahre 2000). Algerien und Honduras haben zwar ihre Agrarproduktion steigern können, jedoch wurde sie von der wachsenden Bevölkerung „pulverisiert“. Alle genannten Länder hatten in der Vergangenheit und haben bis zur Jahrtausendwende – bei schon heute prekärer Nahrungsmittellage – eine sinkende Nahrungsmittelversorgung je Kopf der Bevölkerung (minus 10 bis minus 30%).

„Selbst der Ländervergleich ist entwicklungspolitisch problematisch“

HK: Aber es gibt doch auch andere Verursachungsbeziehungen, die „Erfolg“ und „Mißerfolg“ von Entwicklungsländern begründen können. Der Papst spricht z.B. ein solches Entwicklungsmuster an, wenn er auf das „Recht auf unternehmerische Initiative“ und auf die „Kreativität der Bürger als aktives Subjekt“ hinweist und sich gegen „eine Nivellierung nach unten“ wendet ...

Dams: Der Ökonom stellt hier das Beziehungspaar „Wirtschaftsordnung und Entwicklungserfolg“ auf. Die Ergebnisse sind schwierig zu messen; ein Indikator wird darin gesehen, ob und wie stark Preisverzerrungen unterschiedlich starker Ausprägung vorliegen, wodurch die Knappheit für Produktionsfaktoren und Konsumgüter falsch angezeigt werden kann. In der Tat kann bei einer solchen Berechnung festgestellt werden, daß jene Länder es „ökonomisch besser tun“, in denen die Märkte Knappheiten zutreffend anzeigen (niedrige Verzerrungen), als andere, bei denen eine Fehlleitung der Produktivkräfte durch „hohe Verzerrungen“ aufgrund auch ideologischer Vorentscheidungen vorliegt.

HK: Sie haben die Schwellenländer nicht erwähnt. Wer gehört dazu, und was begünstigt diese?

Dams: Dazu zählen vor allem die „4 ostasiatischen Drachen“ (Südkorea, Taiwan, Singapur, Hongkong). Von 1980 bis 1987 haben sie ihren Anteil an den Weltexporten von 3,7% auf 6,8% gesteigert, nach Japan und in die USA wurden die Ausfuhren sogar verdoppelt (von 5,2% auf 11,3% bzw. 7,2% auf 13,7%). Der „Erfolg“ wird mit dem Indikator „Einschaltung in die weltwirtschaftliche Arbeitsteilung“ gemessen. Aber es gibt auch andere Länder, die in jüngster Zeit stärker in die Industrialisierung eingestiegen sind, unterstützt durch neue Chancen in der weltwirtschaftlichen Arbeitsteilung (so z.B. Sri Lanka, Thailand, Malaysia). Zwei Faktoren haben zusammengewirkt: Die Zunahme der Produktionskosten in den Schwellenländern und die protektionistischen Maßnahmen westlicher Industriestaaten (u.a. Quotenzuteilung an Entwicklungsländer) führten zu neuen Standortvorteilen der genannten Länder.

HK: Ist es so überhaupt noch sinnvoll – der Papst macht da selbst Einschränkungen –, pauschal von „Dritter Welt“ zu sprechen? Ist der Abstand zwischen Schwellenländern und den wirtschaftlichen und als Gesellschaften am wenigsten entwickelten Ländern inzwischen nicht größer als etwa zwischen Industrie- und Schwellenländern?

Dams: Es ist – vor dem Hintergrund dieser Fakten – sicherlich nicht sinnvoll, den eingeführten Begriff „Dritte Welt“ als Aussage eines treffenden *analytischen* Sachverhalts zu verwenden. Trotz dieser einschränkenden Bemerkung für die Analyse kann „Dritte Welt“ als Ausdruck gemeinsamer Interessen gegenüber den „zwei anderen Welten“ (West und Ost) und für die Durchsetzung politischer Zielsetzung brauchbar bleiben.

HK: Aber analytisch deswegen nicht brauchbar, weil sich nicht nur die Verhältnisse auch *zwischen* Ländern der Dritten Welt ausdifferenzieren, sondern der Gegensatz Arm–Reich in den meisten Entwicklungsländern selbst größer wird?

Dams: Es ist richtig, daß selbst der Ländervergleich, wenn er differenzierend vorgenommen wird, entwicklungspolitisch problematisch geworden ist. Die Staaten sind nun einmal keine Punktgebilde; innerhalb der nationalstaatlichen Grenzen leben Menschen, und ihr Schicksal wird im Entwicklungsprozeß sehr unterschiedlich „von außen“ beeinflußt. Ein Weltbankbericht (1987) gibt detaillierte Fakten über „Soziale Auswirkungen von Anpassungen“, die aufhorchen lassen: In Zambia stieg die (bisher fallende) Kindersterblichkeit von 1980–84 um 50%. In Santiago/Chile hat die Armut von 1980–82 um ein Drittel zugenommen. In Sri Lanka hat sich die Ernährung bei den Armen (10% der untersten Einkommensbezieher) um 9% verschlechtert (1979–82), bei den Reichen um 4% verbessert. Der harte Sachverhalt wird deutlich: der Zusammenhang zwischen weltwirtschaftli-

chem Aufschwung, globaler Rezession und Verarmung im Inneren der einzelnen Staaten.

HK: Also wird die weltweite soziale Frage immer mehr auch zu einer Frage der inneren Strukturen der Entwicklungsländer selbst?

Dams: In der Tat kommt zur Frage nach dem Abstand der Länder *untereinander* die nach dem „Armut-Reichtum-Unterschied“ *innerhalb* eines Landes dazu. Die Umorientierung der Wirtschaftspolitik westlicher Industrieländer ist deshalb keineswegs eine Garantie dafür, daß das Armutsproblem in Entwicklungsländern gelöst wird. Hier sind die Regierungen der Entwicklungsländer gefordert. Die Philippinen sind ein Beispiel dafür, daß allein mit Veränderung der politischen Rahmenbedingungen noch nicht viel gewonnen ist. Es muß der politische Wille da sein, daß Strukturen ungleich verteilter Macht, die über Generationen gewachsen sind, verändert werden müssen, damit die Interessen der unterdrückten Bevölkerungskreise stärker als die der Herrschenden berücksichtigt werden.

HK: Ist die extrem hohe Verschuldung von Entwicklungs- und Schwellenländern (vgl. Nr. 19) „nur“ Symptom verschärfter volks- und weltwirtschaftlicher Ungleichgewichte oder in einem spezifischen Sinn (vgl. ebd., Abs. 2 ff.) Ausdruck auch verfehlter Entwicklungsstrategien?

Dams: Die sehr hohe Verschuldung von Entwicklungsländern ist eine schwere Hypothek internationaler Kooperation. Jedoch ist auch hier Differenzierung der Globalzahlen geboten: Auf relativ wenige Länder entfällt der *Hauptteil* der Dritte-Welt-Gesamtverschuldung; allerdings ist diese Feststellung nur aus der Sicht westlicher Industriestaaten/Geschäftsbanken von Bedeutung, die an Zinszahlungen und Schuldentilgung interessiert sind. Viele Entwicklungs- und Schwellenländer sind – unabhängig von der absoluten Höhe der Verschuldung – nicht in der Lage, ihren Schuldendienst zu erfüllen, insbesondere die am wenigsten entwickelten Staaten. Ab Mitte der 70er Jahre wurde in erheblichem Umfang Kapital transferiert, ohne seine Verwendung auf Rentabilität hin zu überprüfen; insbesondere waren das private Geldströme der Geschäftsbanken. Es sind Banken unserer westlichen Staaten, die inzwischen bekennen, daß sie gegen simple Regeln kaufmännischen Handelns im Bankbereich verstoßen haben, z.B. dadurch, daß immense Kredite in Entwicklungsländern zu Konsumausgaben oder zur Durchführung unrentabler Projekte verwendet wurden. Auf der anderen Seite darf man auch nicht übersehen, daß eine erhebliche Kapitalflucht aus Entwicklungsländern in attraktive Finanzmärkte der westlichen Welt eingesetzt hat.

HK: Also doch auch Ausdruck verfehlter Strategien von *beiden* Seiten?

Dams: Diese Frage zeigt schon, daß sich das soeben Gesagte nicht so eindeutig beantworten läßt. Auf jeden Fall

sollten wir festhalten: Die Politik des „leichten Geldes“ in den Herkunftsländern wurde begleitet von einer „Politik verfehlten Planens bzw. des Konsums“ in den Empfängerländern. Im übrigen: So ganz selbstlos war – aus unserer Sicht – diese Kapitalbereitstellung auch nicht. Das – zwar reduzierte – Wirtschaftswachstum erhielt die Kaufkraft der Entwicklungsländer für unsere Güter und sicherte dadurch bei uns Arbeitsplätze.

„Die große Masse der Armen ist keineswegs eine homogene Gruppe“

HK: Wieweit ist Kapitalmangel überhaupt ausschlaggebend für das Nichtingangkommen von Entwicklung bzw. wieweit fehlt es an produktiven Kräften, um verfügbares Kapital in wirtschaftliche Wertschöpfung und sozialen Fortschritt umzusetzen?

Dams: Dazu läßt sich hier nur schlagwortartig sagen: Nach dem Stande der Diskussion in der Wissenschaft sind Entwicklungshemmnisse *nicht allein* im Kapitalmangel zu sehen, sondern insbesondere auch – ich verweise auf Arbeiten des Nobelpreisträgers *Theodor W. Schultz* – in einer zu geringen Entwicklung der menschlichen Fähigkeit, die vorhandenen Produktionsfaktoren zu nutzen; wir sprechen hier von einer zu geringen Entwicklung des „Humankapitals“ und verstehen darunter, daß eine „Investition im Menschen“ notwendig ist, um eine rationale Nutzung des Sachkapitals zu gewährleisten.

HK: Die Kolonisierung hat vorhandene Strukturen und Lebensformen gestört, teilweise zerstört. Der Fortschritt, den die Kolonisatoren brachten, diente ihnen und nur sehr bedingt oder gar nicht den kolonisierten Völkern. Die Welthandelstrukturen benachteiligten die Entwicklungsländer und behindern deren ökonomische und technologische Entwicklung. Aber sie sind nicht allein verantwortlich dafür, daß Menschen, Volkswirtschaften und Kulturen in Entwicklungsländern eine Entwicklungsleistung in wenigen Generationen zugemutet wird, für die Europäer Jahrhunderte zur Verfügung hatten. Was helfen angesichts dieser Ungleichzeitigkeit der zivilisatorischen und kulturellen Bedingungen moralische Appelle, wie sie die Enzyklika formuliert, bzw. worauf treffen sie?

Dams: Die Enzyklika enthält an vielen Punkten Hinweise auf die kulturellen Bedingungen, die erfüllt sein müssen, um sozialökonomische Entwicklung zu erreichen, die vom Menschen selbst bewußt gestaltet wird. Man sollte den Schwerpunkt der Enzyklika sehen: die bewußte Hilfe zur Überwindung des „Elends der Armen“, wobei die Einzelentscheidung sowohl in Entwicklungsländern als auch Industriestaaten im Rahmen des Gemeinwohls zu sehen ist. Die empirische Sozialforschung hat sehr umfangreiche Unterlagen erarbeitet, die zeigen uns: a. Die große Masse der Armen ist keineswegs eine homogene Gruppe; im Gegenteil, innerhalb dieser Masse der Bevölkerung bestehen sehr unterschiedliche

Zielvorstellungen. Daher ist die Organisierbarkeit dieser Gruppe, um ihre Zielsetzungen in einem Lande selbst durchzusetzen, oft sehr gering. b. Die derzeitigen sozialen und politischen Strukturen sind ein echtes Hindernis, um eine Verbesserung der Einkommens- und Lebensverhältnisse zu erreichen. Insofern haben „moralische Appelle“ durchaus ihre Bedeutung.

HK: Hilfe zur Selbsthilfe ist das Entwicklungskonzept, an dem sich vor allem alle kirchliche Entwicklungshilfe und auch – bei uns – immer mehr staatliche Entwicklungspolitik aufrichten. In der Enzyklika kommt, soweit sich feststellen läßt, dieses Konzept überhaupt nicht vor. Unterschätzt der Papst die Tatsache, daß Entwicklung gewiß ein erstrangiges Weltproblem ist und massiv in der Verantwortung von Industrieländern liegt, aber vor allem in den Entwicklungsländern selbst geleistet werden muß?

Dams: Es ist richtig, daß die Enzyklika dieses Konzept konkret nicht anspricht; jedoch ist darauf hinzuweisen, daß z. B. das „Recht auf Identität“ nicht nur als nationalstaatliche Aufgabe, sondern ebenfalls als Selbstverwirklichung des einzelnen verstanden wird. Freilich muß auch festgestellt werden, daß große Teile der Bevölkerung, die sich in absoluter Armut befinden, keine Möglichkeiten haben, ihre eigenen Interessen mit Erfolg durchzusetzen. Deshalb kommt es darauf an, daß der Wille der Bevölkerung „von unten“, sich selbst zu helfen, durch entsprechende Rahmenbedingungen staatlicherseits „von oben“ unterstützt werden muß. Insofern halte ich Feststellungen wie „Kreativität des Bürgers als aktives Subjekt fördern“ oder „Verpflichtung zum Gemeinwohl“ für ganz entscheidende Grundlagen, von denen aus ein Konzept der „Hilfe zur Selbsthilfe“ konzipiert und durchgeführt werden muß. Im übrigen haben kirchliche Hilfswerke in zahlreichen konkreten Projekten gezeigt, daß dieser Weg politisch, gesellschaftlich, sozial und ökonomisch Erfolge erbringt.

HK: Die Bevölkerungsentwicklung (vgl. Nr. 25) scheint für den Papst ganz im Gegensatz zu „Populorum progressio“ (vgl. dort Nr. 37) in erster Linie ein Problem der Industrieländer zu sein. Wird die katholische Kirche ihrer Verantwortung für die Entwicklung in der Bewußtseinsbildung wie in der Praxis vor Ort gerecht, wenn sie die hohen Geburtenraten als Entwicklungsproblem ignoriert?

Dams: Ich habe den Zusammenhang von „Bevölkerungsanstieg“ und „wirtschaftlicher Entwicklung“ bereits angesprochen. Jene Länder, in denen die Bevölkerungswachstumsraten abgenommen haben, zeigen bessere wirtschaftliche Ergebnisse. Man kann es auch so formulieren: Je geringer der Entwicklungsstand, um so höher ist die Wachstumsrate der Bevölkerung. An diesem Sachverhalt kann auch die Kirche nicht vorbeigehen; nach meiner Auffassung ist die Bevölkerungsentwicklung nicht in erster Linie ein Problem der Industrieländer, sondern eindeutig der Entwicklungsländer. Daß dabei die Kirche

ihre eigenen moralisch-ethischen Grundsätze ausweist, ist legitim. Sie ist jedoch auch gefordert, Wege einer „verantwortungsbewußten Elternschaft“ aufzuzeigen, die mit der Lehre der Kirche in Einklang stehen. Aber am Gesamtzusammenhang „Bevölkerungsentwicklung“ und „sozialökonomischer Fortschritt“ kann nicht vorbeigegangen werden.

HK: Wie schätzen selbst Sie die demographische Problematik ein? Es wird immer wieder gesagt, sie sei nur *ein* entwicklungshemmender Faktor in einer fast unendlichen Reihe behinderender Faktoren ...

Dams: Man kann hohe Geburtenraten als Entwicklungsproblem nicht ignorieren. Es muß jedoch davor gewarnt werden, *rigide* Bevölkerungsplanung als einen Lösungsweg anzusehen. Wir haben in unserem Institut eine sehr aussagefähige Untersuchung gemacht, die uns den Zusammenhang zwischen „Gesundheit, Ernährung und generativem Verhalten“ belegt (Die ländliche Entwicklung in Honduras. Autor: *Richard Jakob*). Es wird der eindeutige Nachweis erbracht, daß mit der Verbesserung von Gesundheit, Ernährung und Bildung in den Familien die Zahl der Geburten abnimmt. Von den Menschen in den Entwicklungsländern wird verlangt, daß sie gewissermaßen als *Vorleistung* für Wirtschaftswachstum und Entwicklung die Zahl der Geburten einschränken. Dieses ist vor dem Hintergrunde auch der traditionellen Verhaltensweisen und der sozialen Sicherung, die in der Familie basiert, eine sehr harte und für den Menschen auch ökonomisch nicht nachvollziehbare Forderung.

„Die neueren Entwicklungen nicht mehr einbezogen“

HK: Für Johannes Paul II. ist der Ost-West-Gegensatz zentrales Entwicklungshemmnis. Wird die Ost-West-Spannung – ganz abgesehen davon, ob ihre Grundkomponenten richtig gewichtet werden oder nicht –, bezogen auf den Nord-Süd-Konflikt, in der Enzyklika nicht eher überschätzt?

Dams: Natürlich hat der Ost-West-Gegensatz in den letzten Jahrzehnten eine sehr große Rolle für die wirtschaftliche Entwicklung der Länder der Dritten Welt gespielt. Lange Zeit hat sich der Osten mit dem Argument einer Entwicklungshilfe entzogen, er habe keine koloniale „Wiedergutmachung“ zu leisten. Und natürlich hat – und das wird in der Enzyklika zu Recht festgestellt – die Konfrontation zwischen den beiden Weltblöcken zu einer Verschwendung von Produktivkräften für Waffen geführt. Wenn von der These ausgegangen wird, daß die Finanzmittel, die heute für Aufrüstung ausgegeben werden, für die Lösung der Probleme in der Dritten Welt zur Verfügung ständen, hätte die Entwicklungspolitik sicherlich ganz andere Möglichkeiten; eine solche Überlegung zu entwickeln, dürfte jedoch politisch utopisch sein.

HK: Werden die westlichen Länder in der Enzyklika differenziert genug dargestellt? Und beachtet das päpstliche Dokument ausreichend stattgefunden und gegenwärtig sich abzeichnende Veränderungen in West und Ost?

Dams: Für die internationalen Handelsbeziehungen sind die marktwirtschaftlich orientierten Industrieländer auf jeden Fall wichtigste Partner; zwei Drittel der Exporte der Entwicklungsländer gehen in diesen Raum; dagegen nur 6% des gesamten Welthandels von den Entwicklungsländern in die sozialistischen Zentralverwaltungswirtschaften. Es wird immer von den Zentralverwaltungswirtschaften sozialistischen Typs gesagt, die Diskriminierung ihres Handels mit den westlichen Industrieländern würde es ihnen unmöglich machen, die Märkte zugunsten der Produkte der Entwicklungsländer zu öffnen. Es könnte sich da aber einiges ändern: Auf der letzten UNCTAD-Konferenz in Genf (1987) hat die UdSSR zu erkennen gegeben, daß sie bereit ist, am „integrierten Rohstoffprogramm“ sich zu beteiligen. Dieses könnte durchaus als eine entwicklungspolitische Umorientierung gewertet werden. Insgesamt gesehen wird in der Enzyklika eine Analyse angeboten, die wahrscheinlich die neueren Entwicklungen nicht mehr einbezogen hat. Es ist durchaus möglich, daß die Nord-Süd-Problematik, die lange Zeit von dem Ost-West-Gegensatz überlagert war, einige Akzentverschiebungen in diesem Zusammenhang erfahren kann.

HK: Konflikte zwischen Ost und West resp. zwischen Amerikanern und Sowjets werden bekanntlich auf Länder der Dritten Welt übertragen bzw. auch dort ausgeübt. Aber ist z. B. das Schlagwort von den „Stellvertreterkriegen“, das auch der Papst gebraucht, mehr als eine Halbwahrheit? Die Primärursachen für Bürgerkriegskonflikte liegen zunächst wohl einmal – ob man nach Mittelamerika, nach Uganda, Angola oder sonstwo hinsieht – in den betreffenden Ländern selbst. Werden da nicht Ursachen mit Folgen und Begleiterscheinungen verwechselt?

Dams: Hier fühle ich mich – aus der Sicht meiner wissenschaftlichen Disziplin – überfragt. Für viele Entwicklungsländer besteht die vorrangige Aufgabe, zu einer eigenen Nation zu finden (nation building), während wir in Europa in regionalen Integrationen den Begriff des „Nationalstaates“ bereits relativieren. So gesehen ist also die Herausbildung eines Nationalstaates für viele Entwicklungsländer eine vordringliche Aufgabe, um auch ökonomische Ziele erreichen zu können. Interne Auseinandersetzungen sind zu einem guten Teil auch auf unterschiedliche wirtschaftliche Entwicklungen einzelner Bevölkerungsgruppen zurückzuführen. Ethnographische Zusammenhänge können natürlich auch eine große Rolle spielen. Hinzu kommt die oft willkürliche Grenzziehung durch die Kolonialstaaten, die zum Teil als sehr willkürlich aus dem Blickwinkel der Zielsetzung eines „nation building“ angesehen werden muß. Die Rolle der Großmächte in diesen kriegerischen Auseinandersetzungen

bedarf einer sorgfältigen Analyse. Ein „harter“ Sachverhalt darf jedoch auf keinen Fall übersehen werden: Waffenlieferung der „entwickelten“ oder „entwickelteren“ Länder in die Konfliktzonen. – Insgesamt ist diese Fragestellung jedoch so außerordentlich schwierig *generell* zu beantworten, daß auch in diesem Falle nur eine saubere Analyse der Zusammenhänge weiterhilft.

HK: Lassen sich – auch von der faktischen Entwicklungsleistung her – westlicher Kapitalismus und östlicher Sozialismus – von ihrer Bedeutung für die Lebensbedingungen der Menschen abgesehen – so konsequent auf die gleiche Stufe stellen, wie es der Papst tut?

Dams: In der Enzyklika wird eine kritische Auseinandersetzung sowohl mit dem kapitalistischen als auch mit dem sozialistischen System versucht; dabei wird ausdrücklich gesagt, daß kein dritter Weg zwischen Liberalismus und Marxismus propagiert wird. Die Kirche hat „ihre“ Soziallehre. Im Hinblick auf die inzwischen erfolgte Weiterentwicklung der beiden Wirtschaftssysteme, die keineswegs auf Konvergenz hin ausgerichtet sein muß, sollte m. E. von den in der Wirtschaftswirklichkeit vorliegenden konkreten Wirtschaftsordnungen der entwickelten Länder ausgegangen werden. So kann – vor dem Hintergrund der bei uns formulierten sozialen Marktwirtschaft – durchaus gefragt werden, warum die bei uns propagierten Zielsetzungen a) konsequent zugunsten der Entwicklungsländer angewandt werden; b) warum von Entwicklungsländern entsprechende ökonomische Verhaltensweisen erwartet werden, während wir kritische Fragen der Entwicklungsländer an unsere eigene Wirtschaftsordnung strikt ablehnen ...

„Noch bestimmen vordergründige Interessen Konzeption und Durchführung“

HK: Der „Entwicklungsdialog“ wird also von den Industrieländern immer noch recht einseitig in Richtung Entwicklungsländer geführt? Ist dieser Punkt nicht viel entscheidender als die Gegenüberstellung von Kapitalismus und Sozialismus bzw. Liberalismus und Kollektivismus?

Dams: In der Tat halte ich im Gegensatz zur Gegenüberstellung von „Liberalismus“ und „Sozialismus“ mehr von der konkreten Ausgangsüberlegung des jeweils vorliegenden Wirtschaftssystems eines Staates und seiner Überprüfung, inwieweit es die Interessen der Entwicklungsländer angemessen berücksichtigt. Sehr oft kann beobachtet werden, daß in unserer eigenen Gesellschaft unterschiedliche Auffassungen über den Weg von Entwicklungsländern auch zur parteipolitischen Auseinandersetzung im eigenen Lande benutzt werden. Dabei steht viel Wichtigeres auf dem Plan: Es geht um die Glaubwürdigkeit unserer Wirtschaftsordnung im Verhältnis zu den Entwicklungsländern. Wir können nicht übersehen, daß unsere eigene Wirtschaftspolitik auch ein

Entwicklungshemmnis für Länder der Dritten Welt sein kann. Auch darf nicht übersehen werden, daß bestimmte wirtschaftspolitische Maßnahmen, so etwa die Konzeption einer gemeinsamen Agrarpolitik in der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, in Entwicklungsländern auf Unverständnis stößt, weil ähnlich gelagerte Vorstellungen von Entwicklungsländern (etwa im „integrierten Rohstoffprogramm“) als ökonomisch unzweckmäßig abgetan werden. So betrachtet, haben wir hier einen echten „Nachholbedarf in einem Politikdialog“.

HK: Der Papst kritisiert Bürokratisierungserscheinungen bei den internationalen Entwicklungsorganisationen. Zugleich konstatiert er „einen wachsenden Hang zu zweiseitigen Vereinbarungen“ (vgl. Nr. 43). Worauf zielt er damit eigentlich?

Dams: Bürokratisierungserscheinungen gibt es überall. In unserem Zusammenhang muß deutlich gesagt werden, daß eine erfolgreiche Entwicklungshilfe und ihre Durchführung auch eine entsprechende Planung und Verwaltung voraussetzt. Wahrscheinlich wird mit dieser Umschreibung jedoch ein anderer Sachverhalt gemeint sein: Es fehlt sehr oft an der Koordinierung von Entwicklungspolitik und Entwicklungshilfe. So haben wir neben der bilateralen, nationalstaatlichen Ebene auch den Ansatz einer entwicklungspolitischen Aktivität der Europäischen Gemeinschaft (regionale Ebene); und darüber wiederum die multilateralen Anstrengungen im Bereich der Entwicklungspolitik und der Entwicklungshilfe. Entwicklungspolitische Aktivitäten auf den verschiedenen Ebenen sind keineswegs als negativ anzusehen, auch nicht ein „wachsender Hang zu zweiseitigen Vereinbarungen“. Solche Vereinbarungen bilateraler Art müssen jedoch unter dem Aspekt der Gleichberechtigung erfolgen, und die verschiedenen Aktivitäten auf den unter-

schiedlichen Ebenen müssen aufeinander abgestimmt sein. Wir sprechen zwar sehr oft von einer „integrierten Entwicklungspolitik“, sind jedoch von dieser Zielsetzung weit entfernt; die Zielkonflikte sind beträchtlich.

HK: Was könnte jetzt gegen Ende der Dritten Entwicklungsdekade insbesondere seitens der kirchlichen Sozialverkündigung zu einer Verbesserung des „Entwicklungsklimas“ beigetragen werden? Welche Erfahrungen wären konzeptionell zu verarbeiten und operativ umzusetzen? Muß nicht immer noch stärker bewußt gemacht werden, daß nicht Mitleid mit Hungernden, so unentbehrlich die Nahrungshilfe ist, Entwicklungsländer voranbringt, sondern die Öffnung der Märkte für ihre Produkte und die personelle und technologische Anregung ihrer eigenen Entwicklungskräfte? Was läßt sich dazu an Anregung der jüngsten Enzyklika entnehmen?

Dams: Das ist die zentrale Frage: ein stärkeres entwicklungspolitisches Bewußtsein in unserer Gesellschaft. Dies scheint mir die größte Aufgabe zu sein, die sich unmittelbar in unserer eigenen Gesellschaft gegen Ende der Dritten Entwicklungsdekade ergibt. Noch bestimmen weitgehend vordergründige Interessen Konzeption und Durchführung der Entwicklungspolitik. Wenn die derzeitigen Leistungen unserer Gesellschaft *wertend* als unzureichend angesehen werden, dann lautet die Schlußfolgerung, daß die Träger der Entwicklungspolitik unter stärkerem Leistungsdruck durch die Wähler und durch organisierte Interessen derjenigen, die sich für „Andere“ in Ländern der Dritten Welt verwenden, gesetzt werden sollten. Nur dann, wenn breite Kreise unserer Gesellschaft Entwicklungspolitik als Zukunftssicherung ansehen, werden Entwicklungspolitik und Entwicklungshilfe in dem ihnen zukommenden Kontext gesehen werden können.

„Unsere Verantwortung für den Sonntag“

Eine gemeinsame Erklärung von Deutscher Bischofskonferenz und Rat der EKD

Bei dem Text handelt es sich bereits um die zweite gemeinsame evangelisch-katholische Stellungnahme zum gleichen Thema. Eine erste erfolgte im September 1985 (vgl. HK, Oktober 1985, 489f.). Überdies gingen ihr bereits verschiedene katholische Stellungnahmen voraus, als letzte eine Erklärung der Kommission für pastorale Grundfragen des ZdK (vgl. HK, Februar 1988, 96). In ihrem gemeinsamen Wort warnen die Kirchenleitungen vor allem vor einer Aushöhlung des Sonntags als Ruhetag durch Zunahme von immer mehr Sonntagsarbeit in Produktion und vor allem im Dienstleistungsbereich. Mit gleichem Nachdruck bemühen sie sich, dem Sonntag seinen christlichen Sinn zu erhalten wie der Gesamtbevölkerung den kulturellen Rang der Sonntagsruhe plausibel zu machen. Wir dokumentieren die Erklärung im Wortlaut.

Im September 1985 haben sich die Deutsche Bischofskonferenz und der Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland mit dem Gemeinsamen Wort „Der Sonntag muß geschützt bleiben“ an die Öffentlichkeit gewandt. Damals galt die Sorge vor allem den Bestrebungen, das geltende Arbeitsrecht zu verändern und das bisherige Verbot der Sonn- und Feiertagsarbeit durch Ausnahmeregelungen noch mehr zu lockern.

Was uns heute in zunehmendem Maße nachdenklich stimmt, ist die Tatsache, daß die Bedeutung des Sonntags, sein religiöser Sinn als Tag des Herrn und sein kultureller Wert für unser Volk vielen immer weniger bewußt ist. Wir beobachten mit Sorge eine schleichende Aushöhlung des Sonntags, die zudem durch technische,